

Sitzung der 71. Europaministerkonferenz

am 2. Juni 2016 in Berlin

TOP 5: Bessere Unterstützung der dezentralen europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit

Berichterstatter: Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland

Beschluss

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen zur Kenntnis, dass die Europäische Union vor großen Herausforderungen steht und euroskeptische Stimmen zunehmend die Legitimität der EU in Frage stellen. Vor diesem Hintergrund sehen es die Mitglieder der Europaministerkonferenz als gemeinsame Aufgabe aller Akteure der Europapolitik an, verstärkt für die Zustimmung der EU-Bürgerinnen und Bürger zum gemeinsamen Projekt Europa zu werben. Sie sprechen sich daher für eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit auf allen politischen Ebenen aus, um grundlegend über europapolitische Themen zu informieren, Entscheidungsprozesse transparent zu machen und komplexe Themen verständlich zu vermitteln.
2. Aufgrund der unmittelbaren Erreichbarkeit der Bürgerinnen und Bürger kann insbesondere durch die dezentrale Öffentlichkeitsarbeit verdeutlicht werden, wie die Europapolitik zur Bewältigung konkreter Herausforderungen vor Ort beiträgt. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz weisen in diesem Zusammenhang auf die erfolgreichen Aktivitäten während der Europawoche

und des EU-Projekttagess 2016 hin, mit denen es in den Ländern gelungen ist, viele Bürgerinnen und Bürger vor Ort über aktuelle Fragen der Europapolitik zu informieren und zahlreiche politische und zivilgesellschaftliche Akteure zu einem verstärkten Engagement für die europäische Einigung zu motivieren.

3. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sind überzeugt, dass es für eine erfolgreiche dezentrale europapolitische Öffentlichkeitsarbeit der Unterstützung durch alle Akteure bedarf. Sie appellieren daher an die EU und die Bundesregierung, die dezentrale europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in den Regionen künftig stärker zu fördern und die Zusammenarbeit mit den Ländern zu intensivieren.
4. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bekräftigen ihren Beschluss zur Situation der Europe Direct Informationszentren (EDIC) in den deutschen Ländern vom 28. April 2016 und fordern die Europäische Kommission auf, die Präsenz der EDIC in den Regionen sicherzustellen, die Fördermittel aufzustocken und die bürokratischen Lasten der EDIC zu verringern. Sie bitten die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Bundesregierung, die Länder bei der Verfolgung dieser Anliegen im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen im Europäischen Parlament und im Rat zu unterstützen.
5. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sprechen sich dafür aus, die dezentrale europapolitische Öffentlichkeitsarbeit weiter zu entwickeln, um langfristig die Information der Bürgerinnen und Bürger über die Politik der EU zu verbessern und den Rückhalt in der Gesellschaft für den europäischen Einigungsprozess zu stärken. Sie beauftragen die Ständige Arbeitsgruppe, hierzu einen Bericht zu erstellen, mit dem sich die Europaministerkonferenz unter Vorsitz von Mecklenburg-Vorpommern befassen wird.